

Gernot Erler, Peter W. Schulze

DIE EUROPÄISIERUNG RUSSLANDS



*Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft
und Großmachtrolle*

campus

Die Europäisierung Russlands

Gernot Erler, Dr. h. c., Historiker und Slawist, ist Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.

Peter W. Schulze, PD Dr. pol., ist Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen. Von 1992 bis 2003 leitete er die Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland.

Gernot Erler, Peter W. Schulze (Hg.)

Die Europäisierung Russlands

Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft
und Großmachtrolle

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Die Publikation wurde mit Unterstützung des Dr. Karl-Renner-Instituts ermöglicht. Wir möchten vor allem Frau Dr. Brigitte Marcher für ihre tatkräftige Unterstützung danken.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39529-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2012 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: © <http://de.wikipedia.org/wiki/Russland>

Satz: Marion Jordan, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Einleitung

Die Europäisierung Russlands: Anspruch und Wirklichkeit

<i>Gernot Erler</i>	9
1. Auf dem Weg zur gebremsten Modernisierung	11
2. Vom »eigenen Weg« zur offenen Tür	14
3. Das Trauma NATO-Osterweiterung	17
4. »Nicht vom Gas allein ...«: Partnerschaft mit der EU	22
5. Zwischen Bluff und Blickwendung: die eurasische Karte	25
6. Im Dickicht der Optionen.	29

Kapitel 1

Genesis und Perspektiven des politischen Systems in Russland

<i>Peter W. Schulze</i>	33
1. Glasnost, Perestroika und der postsowjetische Aufbruch	33
2. Strukturdefizite der Umbruchphase	38
3. Das System Putin	49
4. Die Grundlagen der Machtsicherung.	55
5. Das Modernisierungsprojekt	66
6. Eine Mittelschicht entsteht	77
7. Die Agenda der Modernisierung – Glasnost und Perestroika à la Medwedew	96
8. Alea iacta est: Putins dritte Amtszeit	101

9. Eine Gesellschaft in Bewegung	107
10. Ausblick	111

Kapitel 2

Russland und die NATO: dauerhaft getrennt gemeinsam?

<i>Hans-Joachim Spanger</i>	115
1. Die NATO als Drehachse der europäischen (Un-)Sicherheit ...	118
2. Russland, der virtuelle Partner	132
3. Was ist zu tun?	143

Kapitel 3

Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz: Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen

<i>Hans Martin Sieg</i>	150
1. Die Entwicklung der Beziehungen bis zur ersten Präsidentschaft Putins	150
2. Von der EU-Erweiterung 2004 bis zur Modernisierungspartnerschaft	157
3. Die Energiebeziehungen	163
4. Konkurrenz im GUS-Raum	170
5. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland	175
6. Ausblick	185

Kapitel 4

Gestörte Leitungen: Russland und die Gasversorgung der EU

<i>Gerhard Mangott</i>	189
1. Die Rolle von Erdgas als Energieträger in der EU	189
2. Die Erdgaswirtschaft Russlands	193

-
3. Interessenkonflikte zwischen der EU und Russland
im Erdgassektor 196
 4. Zusammenfassung 213

Kapitel 5

Russlands Ambitionen einer Eurasischen Union

- Uwe Halbach* 214
1. Die Sowjetunion in neuem Gewand? 215
 2. Stationen auf dem Weg zur »neuen Integration« 216
 3. Ein neues Integrationsprojekt? 220
 4. Russlands Stellung im GUS-Raum 222
 5. Integration nach europäischem Vorbild? 225
 6. Ausblick 227

Kapitel 6

Eurasien: Option oder Illusion?

- Christian Wipperfürth* 229
1. Die postsowjetische Option 229
 2. Die chinesische Option 236
 3. Die europäische Option 245
 4. Ein Ausblick in die Zukunft 249
 5. Schluss 252

Anmerkungen 254

Literatur 263

Zu den Autoren 280

Einleitung

Die Europäisierung Russlands: Anspruch und Wirklichkeit

Gernot Erler

»Die Europäisierung Russlands« – das ist insofern ein mutiger Titel, als er die These enthält, dass Russland sich tatsächlich europäisiere oder sich gar schon europäisiert habe. Der Begriff »Europäisierung« mit all seinen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Implikationen suggeriert Annäherung durch Veränderung. Aber was bedeutet Annäherung an Europa, wenn die Rede ist von diesem größten östlichen Nachbarn der Europäischen Union, der geographisch seinen unverrückbaren Platz auf dem Boden zweier Kontinente einnimmt und ihn schwerlich verändern wird?

Die Russische Föderation, 1990 entstanden im Prozess der Auflösung der Sowjetunion, bedeckt mit ihren über 17 Millionen Quadratkilometern große Landflächen Europas und Asiens. Das schafft Optionen. Wohin sich ausrichten? Diese Frage beschäftigt das Land seit dem begeisterten und brutal entschlossenen Westler Peter dem Großen über die auch kulturell und religiös geprägten Kontroversen zwischen Slawophilen und Zapadniki im 19. Jahrhundert bis zu dem heutigen Führungsduo Putin und Medwedew. Die Idee von »Ewrazija« (Eurasien) unterstellt, eine eindeutige Festlegung könne auch vermieden werden, und sucht Russlands Rolle als Brückenbauer zwischen den Kontinenten. Solche Gedanken haben mal mehr, mal weniger Konjunktur, prägen aber meist eher die Leitartikel als die Politik.

In der realen russischen Entwicklung dominiert, was sich dann als »Europäisierung« zusammenzufassen rechtfertigen lässt, wenn man eine breit gefächerte Definition wählt. Danach würde Europäisierung im Fall Russlands folgende Tendenzen umfassen: Intensivierung der politischen Beziehungen EU-Russland, Gemeinsamkeiten mit Europa bei der Wahrnehmung von Sicherheitsverantwortung, Erweiterung der wirtschaftlichen Kooperation mit Europa unter Wahrung der Interessen beider Seiten, Partnerschaft mit Europa in globalen Fragen wie Klimaschutz, Energieversorgung, Wassermanagement und Sicherstellung von Nahrungsmittelverteilung und schließlich eine Weiterentwicklung von Politik und Gesellschaft im Sinne gemeinsamer europäischer Werte wie Demokratie, Geltung der Menschenrechte,

Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sowie Teilhabe und Mitverantwortung einer mit eigenen Rechten und Wirkungsmöglichkeiten ausgestatteten Zivilgesellschaft.

Europäisierung schließt in diesem Kontext auch die Beachtung wichtiger Erfahrungen aus der Entwicklung der Europäischen Union selbst ein. Deren Aufwuchs zu einem Zusammenschluss von 27 Staaten, mit der vorbereiteten Aufnahme von Kroatien im Jahr 2013 als 28. Staat sowie der Beitrittsperspektive für weitere sieben an der Integration interessierter Staaten – das alles belegt (trotz der ernsthaften Finanz- und Verschuldungskrise der Jahre 2011/2012) die anhaltende Attraktivität einer Staatenunion, in der Interessen- und Nachbarschaftskonflikte gewaltlos und zivilisiert gelöst werden, in der von dem gemeinsamen Wirtschafts- und Rechtsraum alle beteiligten Länder profitieren und in der Prinzipien gegenseitiger Solidarität gelten, die eine Wahrung annähernd vergleichbarer Lebensstandards einschließen. Im Zuge der Vergemeinschaftung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik wächst die EU auch schrittweise in die Rolle eines Global Players hinein, die für keinen der einzelnen Mitgliedsstaaten allein erreichbar wäre. Dass die EU es vermochte, nach den Weltkriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts eine kontinentale Neuordnung der Stabilität, des friedlichen Zusammenlebens und der nachhaltigen Prosperität aufzubauen, wird weltweit anerkannt.

Für die Russische Föderation lautet daher die politische Botschaft dieser Erfolgsgeschichte ihrer westlichen Nachbarn: Es könnte sich lohnen, im Großraum der ehemaligen Sowjetunion mit den zwölf verbliebenen Einzelstaaten Beziehungen auf der Basis der europäischen Erfahrungen aufzubauen. Europäisierung würde dann heißen, dies nach den Prinzipien der gewaltlosen und friedlichen Lösung von Nachbarschafts- und Interessenkonflikten und der Bildung von gemeinsamen Wirtschaftsräumen auf der Basis von gleichen Rechten und wechselseitigem Vorteil anzustreben, unter Verzicht auf eine klassische Vormachts- und Einflusspolitik, deren Zukunftslosigkeit sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrfach erwiesen hat. Eine solche Neuordnung regionaler Beziehungen müsste dann nicht nur für den GUS-Raum gefunden werden, sondern auch für westliche Nachbarstaaten wie die baltischen, die als frühere Sowjetrepubliken seit 2004 der EU zugehören, und die heutigen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, die einst zum Warschauer Vertragssystem zählten. Dabei ließen sich die verschiedenen EU-Regionalstrategien nutzen, die jeweils gemeinsame Programme für GUS- und EU-Staaten anbieten, besonders die »Östliche Partnerschaft«, aber auch die Ostseeraumstrategie und die Schwarzmeerkooperation.

Dieser Band schreitet nicht alle Politikfelder für eine Europäisierung Russlands im beschriebenen Sinne in gleicher Intensität ab. Zu manchen Stichworten und Themen wünschte man sich weitere Ausführungen oder gar zusätzliche Kapitel. Im Ergebnis gibt es Bereiche, wo sich russische Europäisierungsschritte klar abzeichnen, und andere, wo diese eher Optionen für die Zukunft darstellen. Im Folgenden will ich versuchen, eine Übersicht zu den Ergebnissen der jeweiligen Fragestellungen zu gewinnen und resümierend darzustellen. Dem soll sich eine Betrachtung der aktuellen Ereignisse in Russland nach den Dumawahlen vom 4. Dezember 2011 im Lichte der Europäisierungsthese anschließen.

1. Auf dem Weg zur gebremsten Modernisierung

Peter W. Schulze beschreibt in seinem detailreichen Hauptkapitel zur inneren Entwicklung Russlands unter dem Titel *Genesis und Perspektiven des politischen Systems in Russland*, wie Wladimir Putin, von Boris Jelzin als sein Nachfolger unter verschiedenen, auf die Probe gestellten Anwärtern ausgewählt, gleichzeitig das vorgefundene Machtsystem demontiert und sein eigenes errichtet. Jelzin, mit dessen Regierungszeit von 1991 bis Ende 1999 der Westen den Einzug von Demokratie und Marktwirtschaft in der Russischen Föderation verbindet, die russischen Bürger dagegen eher problematische Erfahrungen von Mangelsituationen, Chaos und Machtverfall der Moskauer Zentrale, stützte sich vor allem auf zwei Machtfaktoren: das Bündnis mit wohlgesonnenen Regionalfürsten und mit den neuen Oligarchen, die ihre Wirtschaftsimperien dem ungeordneten Ausverkauf der sowjetischen Staatswirtschaft in einem wilden Privatisierungs- und Aneignungsprozess verdankten. Der neue Präsident stellt die Autorität Moskaus wieder her, erneuert mit seiner »Machtvertikale« die Kontrolle über die fast 90 heterogenen föderalen Subjekte und entmachtet die Oligarchen, den Schauprozess gegen Michail Chodorkowskij als abschreckendes Beispiel nutzend.

Putin versteht es, sich relativ rasch eine eigene, stabile Machtbasis aufzubauen. Vertraute aus seiner Zeit an der Newa (»Petersburger Liberale«) und die sogenannten »Silowiki« (die mit Macht Versesehenen aus Polizei, Militär und FSB, dem KGB-Nachfolger, aus dem der Präsident selber kam) bildeten seine Hausmacht. Im Parteiensystem etabliert er seine »Partei der Macht«, die den Namen *Edinaja Rossija* (Einiges Russland) trägt und schon bei der

Wahl zur 4. Duma 2003 eine Zweidrittelmehrheit erreicht. Entscheidend aber sind die wirtschaftlichen Wachstumsprozesse, die während der beiden Amtszeiten Putins zwischen 2000 und 2008 mit einem durchschnittlichen jährlichen BIP-Plus von 7,5 Prozent anhalten und genügend Verteilungsmasse bieten, um Renten und Pensionen pünktlich auszuzahlen, die Real-löhne kontinuierlich steigen zu lassen und insgesamt in der Bevölkerung eine »positive Grundstimmung« aufrecht zu erhalten.

Mit Recht stellt Peter W. Schulze fest, dass diese Zufriedenheit als Zement für das Putinsche Machtsystem im Westen zu wenig beachtet wurde – ebenso wie der problematische Leumund der »Liberalen«, ein Sammelbegriff für alle demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichteten politischen Kräfte Russlands. Aus der Sicht der Wähler verantworteten die Liberalen radikale Reformen im Jelzin-Jahrzehnt, in dem Russland 50 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts einbüßte und in dem in weiten Teilen des Landes blanke Not herrschte, während sich die Oligarchen die üppigen Assets der Staatswirtschaft unter die Nägel rissen und dabei zu Milliardären wurden, die beim Präsidenten ein- und ausgingen. Kein Wunder, dass Reformer solcher Art letztmalig 1999 noch in die Staatsduma gewählt wurden, ab 2003 aber gar nicht mehr. Die Erinnerung an die Schocktherapien der 90er Jahre, an die Rubelkatastrophe von 1998, die jeden, der ein paar Scheine gespart hatte, traf und ungezählte Existenzen vernichtete, an Rechtlosigkeit, Korruption und Mafiastrukturen, die hier ihre Geburtsstunde hatten und sich fortan als Dauerplagen der russischen Gesellschaft nicht mehr abschütteln ließen – diese Erinnerung legt sich fortan bis heute wie ein bleischweres Gepäck auf die Schultern aller oppositionellen Reformer und verlangsamt ihre Schritte.

Die wirtschaftliche Erholung ab Ende der 1990er Jahre und die damit ermöglichten Verteilungsprozesse schufen eine neue Mittelklasse, deren Charakter Schulze mit vielen Fakten nachzeichnet. Seine These ist, dass diese neue Mittelklasse einen Herrschaftsvertrag mit der Kremlführung schloss: Sie erwartete von ihm, dass er seine Versprechen von Rechtssicherheit (»Diktatur des Gesetzes«), Wiederherstellung der Staatsautorität (»Vertikale der Macht«) und von der Wiedererlangung weltpolitischer Anerkennung und Geltung Russlands einlöste, und war dafür bereit, ihm sozusagen Prokura für die Führung der Staatsgeschäfte im Inneren und im Äußeren zu erteilen. Sichtbarer Ausdruck dieses Bündnisses waren die Wahlergebnisse für den Präsidenten selber und für die Kremlparteien bei den Dumawahlen: Bei seiner Wiederwahl 2004 erzielte Putin 71 Prozent, sein Tandem-Partner Med-

wedew brachte es 2008 auf 70 Prozent, und Einiges Russland konnte 2007 gemeinsam mit der zweiten Kreml-Partei Sprawedliwaja Rossija (Gerechtes Russland) wie schon 2003 eine Zweidrittelmehrheit erreichen. Keine dieser Wahlen kam ohne Unregelmäßigkeiten aus, aber die Proteste hielten sich jeweils in Grenzen. Zu offensichtlich bildeten die Ergebnisse den beschriebenen Gesellschaftsvertrag mit seinem (salopp gesprochen) »Macht's weiter so, solange es uns weiter gut geht!« ab und statteten den Präsidenten, seinen Ersatzpräsidenten und seine Machtpartei mit der notwendigen Handlungslegitimation aus.

Allerdings – und das zeichnete sich am Ende des ersten 2000er Jahrzehnts immer deutlicher ab – konnte man es mit bloßer Kontinuität nicht bewenden lassen. Russland brauchte einen Reformschub, um sich auf Dauer wettbewerbsfähig zu erhalten und um die Wohlstandsgewinne der staatstragenden und sich erweiternden Mittelklasse abzusichern. Das ist der Kontext für das breit angelegte Modernisierungsprojekt, das sich in erster Linie mit dem Namen von Präsident Dmitri Medwedew verbindet und das seine Amtszeit von 2008 bis 2012 geprägt hat. Das Modernisierungsprojekt sollte die Antwort auf sichtbare Schwächen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Russland sein, die mittelfristig für den beschriebenen Gesellschaftsvertrag und damit für das real existierende Herrschaftssystem bedrohlich werden konnten: die ungesunde Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Rohstoffexporten und Importen von Industrieprodukten, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie mit ihrem zu hohen Energieverbrauch und ihrer niedrigen Arbeitsproduktivität, der technologische Rückstand, der Rechtsnihilismus und die alles durchdringende Korruption in Wirtschaft und Gesellschaft, das Fehlen von genügend ausgebildeten Kräften und von Eliten in Wissenschaft, Technik und Politik sowie die Schwäche der Zivilgesellschaft im Lande.

Medwedew wird als Kämpfer für die Modernisierung Russlands im Gedächtnis bleiben, mit seinem »Vorwärts Russland!«-Aufruf vom 10. September 2009 und den vielen engagierten und adäquaten Strategiepapieren, die seine Think-Tanks zu diesem Thema vorgelegt haben und die auch eine breite gesellschaftliche Diskussion über das, was Russland braucht, ausgelöst sowie Freiräume für eine offene Kritik an Missständen und Fehlentwicklungen geschaffen haben – aber zugleich auch als Verlierer, wenn es zu der Frage kommt, warum so verzweifelt wenig von all diesen Programmen tatsächlich umgesetzt worden ist. Erklärungen gibt es dazu viele: seine fehlende Hausmacht, die Fehlorientierung der russischen Mittelschicht mit ihrem selbst-

passivierenden Herrschaftsvertrag mit dem Kreml, die Trägheit der bisherigen Gewinner, die Frustration der Zivilgesellschaft in ihrem Schattendasein, der Widerspruch von Aufbruch und Machterhalt, der vielleicht auch die auffällige Zurückhaltung des temporär als Ministerpräsident überwinterten Wladimir Putin bei der Unterstützung von Medwedews Modernisierungsideen erklärt. Wie auch immer – die vier Präsidentenjahre Medwedews haben viele Hoffnungen geweckt und westliche Partner Russlands wie etwa Deutschland ermutigt, ihre Hilfe bei dem großen Modernisierungsprojekt (»Modernisierungspartnerschaft«) anzubieten, sie gehen aber ohne eine wirkliche Anwendung der als völlig richtig herausgefundenen Heilmittel und mit einem gefährlichen Problemstau zu Ende. Und geweckte Erwartungen nicht zu erfüllen ist erfahrungsgemäß gefährlicher, als Erwartungen gar nicht erst aufkommen zu lassen.

2. Vom »eigenen Weg« zur offenen Tür

Das musste das Putin-Medwedew-Tandem zur Kenntnis nehmen, als es auf die Wahlen zur 10. Staatsduma am 4. Dezember 2011 zuzuging. Offensichtlich hat es an Warnzeichen nicht gefehlt, dass der Herrschaftsvertrag mit der politisch aktiven Mittelklasse nicht automatisch und ähnlich erfolgreich wie im Jahr 2007 in die Verlängerung gehen würde. Peter W. Schulze beobachtet zutreffend, dass sich die ersten Risse an der Kreml-Partei Einiges Russland zeigten, dem, wie er findet, schwächsten Glied in der Kette der Machtinstitutionen. Die Ängste und der Unmut der Wähler, aufgerührt durch die Fernwirkungen der Weltfinanzkrise in Russland und verstärkt durch das Ausbleiben stabilisierender Reformen, projizierten sich auf die Repräsentanten der »Partei der Macht«, die im Alltag immer häufiger als Betreiber eines Selbstbedienungsladens ohne Verantwortungsgefühle für das Ganze auftraten. Auch die Opposition erkannte diese Schwäche im System und nutzte sie. Der radikaloppositionelle Blogger Alexej Nawalnyj bezeichnete *Edinaja Rossija* konsequent nur noch als »Partei der Gauner und Diebe« (*Partija žulikov i vorov*) und feierte damit einen unerwarteten Erfolg – seine unhöfliche Transliteration des Kremlpartei-Namens setzte sich per Internet bis in die äußersten Winkel Russlands durch. Jeder weiß, wer gemeint ist.

Wladimir Putin erkannte die Gefahr und versuchte gegenzusteuern. Um die gesellschaftliche Basis seines Elektorates zu erweitern und sich neue Re-

krutierungsreserven für seine Kremlpartei zu schaffen, gründete er im Mai 2011 die »Gesamtrussische Volksfront« (Obščerosijskij narodnyj front), der bis Ende Juli bereits mehr als 2000 Organisationen aus allen Bereichen des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens beigetreten waren. Bei den Listen von Einiges Russland sollten bis zu 20 Prozent der Kandidaten aus diesem neuen Umfeld kommen, und zusätzlich sollten Vorwahlen (*Primaries*) bei der Machtpartei für eine qualitative Selektion der Bewerber sorgen. Offenbar hat Putin der Wirkung dieser Neuerungen selber nicht so ganz vertraut. Auf dem Parteitag von Einiges Russland am 24. September zückt er seinen vermeintlich stärksten Trumpf – mit der Verkündung der Rochade: Er, so hallte die Botschaft, der starke und durchsetzungsfähige Teil des Tandems, werde künftig wieder als Präsident die Geschicke Russlands in die Hand nehmen. Wer bei den Dumawahlen Einiges Russland wählt, verlängert damit nicht die Zeit des gutwilligen, aber hausmachtlosen Dmitri Medwedew, sondern verschafft Wladimir Putin, dem bewährten starken Mann an der Spitze, für seine dritte Präsidentenamtszeit die notwendige Machtgrundlage im Parlament.

Dieser Trumpf hat nicht gestochen. Bei den Dumawahlen vom 4. Dezember 2011 fiel Putins Partei bei Verlusten von 15 Prozent knapp unter die 50-Prozent-Linie (49,3 Prozent) und verpasste damit deutlich die angestrebte Zweidrittelmehrheit, während die andere, etwas linkere und sozialorientierte Machtpartei Gerechtes Russland (13,2 Prozent) ebenso dazu gewann wie die KPRF mit 19,2 Prozent. Mit 12 Prozent zog außerdem die LDPR des alternden Krawallmachers Schirinowski als vierte Partei erneut in die Staatsduma. Draußen bleiben mussten wiederholt die Liberalen, denn Jabloko verfehlte mit 3,3 Prozent die Sieben-Prozent-Hürde bei weitem. Unmittelbar nach den Wahlen gingen zahlreiche Berichte und Beschwerden über Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen ein, aus denen binnen kurzem eine Protestbewegung entstand, wie sie die Russische Föderation seit ihrem Bestehen noch nicht erlebt hat. Peter W. Schulze zeigt sich in einer ersten Reaktion auf die aktuellen Nachrichten zu dieser Entwicklung davon überzeugt, dass die Übereinkunft zwischen Staat und Mittelklasse diese Prüfung überstehen kann und warnt vor allzu raschen Worst-Case-Szenarien für die Zukunft Russlands.

Auf die zweifellos offene Situation zwischen der umstrittenen Dumawahl und der Präsidentenwahl am 4. März 2012 wollen wir am Ende dieser Einleitung noch einmal zurückkommen. An dieser Stelle soll zunächst ein Zwischenfazit gezogen werden: Was sagt uns das Kapitel zur innenpolitischen

Entwicklung Russlands von 1991 bis 2012 zur eingangs definierten Europäisierungsthese?

Immer wieder darf man sich darüber wundern und dafür dankbar sein, dass 1990/1991 der Zerfall der Sowjetunion in 15 souveräne Einzelstaaten sich so undramatisch vollzog und so wenig Opfer kostete. Darüber darf man aber nicht übersehen, welche Bürde dieser Auflösungsprozess der Russischen Föderation mit auf den Weg gab, die in den 90er Jahren mehr als einmal in Not und Chaos zu versinken drohte. Zusptzend spricht Peter W. Schulze einmal von einem faktischen *failed state*. Eine Europäisierung im Sinne von demokratischer und marktwirtschaftlicher Umgestaltung stand unter keinem guten Stern. Was an Entbehrung in fast jeder Familie im Zuge der Halbierung des Bruttosozialprodukts durchlebt wurde, ließ sich nur allzu leicht als Schuld den Demokraten und Radikalreformern mit ihren Schocktherapien zuschreiben. In den Köpfen setzte sich eine verhängnisvolle Gleichung fest: Marktwirtschaft und Demokratie gleich Chaos und Not, sozialer Abstieg der vielen und illegale Bereicherung der wenigen. In solchem Gelände konnte die Europäisierung nur stecken bleiben.

Dann die Putin-Zeit: Stabilisierung, wirtschaftliches Wachstum, sichere Renten- und Lohnzahlung, allmähliche Ausweitung einer Mittelschicht, belaktschte Zurückdrängung des Oligarcheneinflusses. Als Gegenrechnung: Rückkehr zu autoritären Herrschaftsstrukturen, starker Präsident, Partei der Macht, Parlament mit geringem Einfluss, Kontrolle der Zivilgesellschaft – eher freundlich zusammengefasst als »Gelenkte Demokratie«. Immerhin: die neuen Eliten werden durch die Rückkehr Russlands auf die internationale Bühne mit Rückfragen konfrontiert. Sie legitimieren den Status quo mit seinen Kontrasten zu den europäischen Wertvorstellungen mit einem »eigenen Weg Russlands« – ein Programm, dessen antiwestlerische Untertöne nie ausgesprochen, aber immer mitgedacht werden. Aus westlicher Sicht wird das erneut als Steckenbleiben der Europäisierung verstanden – diesmal aber aus ganz anderen Gründen!

Dann die erste Rochade 2007/2008, die Medwedew, der nichts von diesem »eigenen Weg« hält, zum Präsidenten macht. Sein in all seinen Ausführungen von Schulze beschriebenes Modernisierungsprojekt öffnet die Türen für die Europäisierung. Russland soll seinen fatalen »Rechtsnihilismus« überwinden und ein normaler Rechtsstaat werden, soll sich der alle Lebensbereiche durchgiftenden Korruption entgegenstemmen, ein modernes Parteiensystem aufbauen und zugleich das Angebot zur Übernahme von Mitverantwortung durch eine starke Zivilgesellschaft annehmen, soll seine

Infrastruktur und technische Ausrüstung modernisieren und dafür im Zuge der »Modernisierungspartnerschaft« Kooperationsangebote von außen nutzen. Der Europäisierung des Landes scheinen Tür und Tor geöffnet. Doch der Schein trügt. Das Projekt bleibt über weite Strecken folgenlos, kommt über verhallende Appelle nicht hinaus und produziert im Lande selbst die oben erwähnte Frustration, die aus geweckten, aber nicht erfüllten Erwartungen wächst. Diese Enttäuschungen fließen in das Ergebnis jener Dumawahlen vom 4. Dezember 2011 ein, die Ausgangspunkt einer veritablen politischen Vertrauenskrise in Russland geworden sind.

Diese nüchterne, stichwortartige Abfolgenbeschreibung benennt Hindernisse und erklärt Zögerlichkeiten bei der Europäisierung Russlands. Aber ganz im Sinne von Peter W. Schulze wäre es falsch, nur auf das zu schauen, was nicht passiert ist. Gerade die politische Lage nach den umstrittenen Dumawahlen mit ihrer Offenheit lenkt unsere Aufmerksamkeit darauf, was inzwischen in Russland möglich ist. Es gibt eben dieses Modernisierungsprojekt, es liegt in allen Einzelheiten auf dem Tisch, jeder kann es erneut aufgreifen. Und es gibt politische Spielräume, die vor kurzem noch undenkbar waren. Es gibt sie in der Duma, etwa für eine solche Partei wie Gerechtes Russland, deren gestärktes Selbstbewusstsein zu einem neuen Rollenverständnis führen kann, und es gibt sie für eine außerparlamentarische Opposition, die ihren politischen Spielraum jetzt neu vermisst. Das alles kommt nicht über Nacht, sondern ist in vielen kleinen Schritten vorangestoßen worden. Im Ergebnis aber steht die Europäisierung der innerrussischen Entwicklung nicht mehr *vor* der Tür, sondern zumindest schon einmal in ihr. Sie blickt sich quasi um, was in der neu entstandenen offenen Situation alles möglich ist. Und darüber entscheidet dann das Land mit seinen Menschen selber.

3. Das Trauma NATO-Osterweiterung

Zur Öffnung gehören immer zwei Handelnde: einer, der die Tür aufmacht, ein zweiter, der durchgeht. Hans-Joachim Spanger versteht es bei seinem Beitrag *Russland und die NATO: dauerhaft getrennt gemeinsam?*, die Spannung schon im Titel unterzubringen. Mit der Auflösung der Sowjetunion 1990/1991 verschwand auch die östliche Militärorganisation des Warschauer Vertrags, nicht aber die NATO als Militäralliance des Westens. Nicht, dass

niemand über die Selbstauflösung des westlichen Bündnisses als Konsequenz aus dem Ende der Blockkonfrontation nachgedacht hätte. Dass sich am Ende der Selbsterhaltungstriebe dieser Großorganisation dann doch durchsetzte, hatte auch damit zu tun, dass sich eine interessante neue Aufgabe fand: die Osterweiterung der Nordatlantischen Vertragsorganisation.

Dieses Programm, das noch keineswegs abgeschlossen ist, trägt natürlich auch die Handschrift von Strategen in Washington und Brüssel, die es über den Selbsterhaltungstriebe hinaus attraktiv fanden, den Kalten Krieg gegenüber der neu entstandenen Russischen Föderation als Erbe der UdSSR noch ein bisschen fortzusetzen. Aber sie hatten auch ein unverdächtiges Argument: Diese ganzen freigekommenen, jetzt allianzlosen, ja sich in einem politischen Vakuum bewegenden neuen Staaten zwischen der Europäischen Union und Russland suchten Halt und Orientierung – und schauten dabei auf die EU und die NATO. Ihre Integration in die beiden westlichen Kollektivgemeinschaften sollte, so dachten einige dieser Länder, ihre Loslösung aus dem russischen Einflussbereich definitiv absichern. Die Überwindung dieser spezifischen Vakuumsituation über die Westintegration konnte im Erfolgsfall auch zu einer Stabilisierung in diesem von manchen »Zwischeneuropa« genannten unsteten Terrain führen.

Spanger versteht es, seine empathischen Fähigkeiten nutzend, wechselseitiges Verständnis für die Argumente und die Wahrnehmung beider Seiten zu wecken. Die Fakten belegen eine langanhaltende Unaufhaltsamkeit des Erweiterungsprozesses. Schon 1991 war der NATO-Kooperationsrat (NACC) als Instrument für die Vorbereitung der Integrationsschritte geschaffen, es dauerte dann aber bis 1997, bis der Madrider NATO-Gipfel konkrete Verhandlungsangebote an Polen, Tschechien und Ungarn richtete.

Die erste Erweiterungsrunde öffnete dann am 12. März 1999 für diese drei Länder die Tore der Allianz. Fünf Jahre später, am 29. März 2004, folgten im Zuge der zweiten Erweiterungsrunde gleich sieben Länder auf diesem Weg – Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei – und traten der NATO bei. Albanien und Kroatien erreichten dieses Ziel bei der dritten Runde am 1. April 2009, womit die westliche Allianz in weniger als zwei Jahrzehnten zwölf neue Mitglieder aufgenommen hatte. Mit Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Georgien warten weitere fünf Länder vor der Tür, zu denen sich je nach politischer Entwicklung auch noch Serbien und die Ukraine gesellen könnten.

Natürlich war den NATO-Partnern stets bewusst, dass jeder Schritt dieser Osterweiterung in Moskau auf Skepsis und Ablehnung stoßen musste,

weil auch dort das Denken in Einflusszonen nie aufgehört hatte. Deshalb greift man in den Brüsseler Hauptquartieren immer wieder zu einer Doppelstrategie, die Hans-Joachim Spanger als »kaum zu leistenden Spagat« beschreibt: Die Türen des Bündnisses für die Staaten Mitteleuropas bleiben weit geöffnet, aber man denkt sich auch Angebote für Moskau aus: eine Einbindung in den 2002 gegründeten NATO-Russland-Rat (NRC), eine Wandlung des bisherigen Militärbündnisses zu einer eher politischen Allianz und die Versicherung, die neue Stabilität in diesem unruhigen »Zwischeneuropa« sei doch ebenso im russischen Interesse wie eine Zivilisierung der antirussischen Reflexe einiger osteuropäischer Staaten, die eine schwierige historische Erfahrung mit Russland gemacht hatten.

Spanger schildert kritisch, dass alle diese Angebote nie zu einer echten sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen NATO und Russland geführt haben. Gerade bei den heftigsten Zerwürfnissen, nämlich bei dem völlig an Moskau vorbei gestarteten Kosovokrieg von 1999 und dem Kaukasuskrieg in Georgien von 2008, versagte die Zusammenarbeit gänzlich, und im zweiten Fall wurde die Kooperation im NATO-Russland-Rat sogar für mehrere Monate unterbrochen, anstatt diese Institution zum Krisenmanagement zu nutzen.

Das Verhalten Russlands gegenüber der NATO-Osterweiterung in den verschiedenen Etappen erzählt einiges über Moskaus jeweilige Lage und Befindlichkeit. In den 90er Jahren zu den Zeiten Jelzins hatte Russland gar nicht die Kraft, sich gegen diese Politik des Westens zu wehren. Der Weltmachtstatus war verloren, und Amerika ließ den ehemaligen Rivalen seine Überlegenheit als einzige und unverzichtbare Weltmacht spüren. Als im September 2001 der Sieger des Kalten Krieges von den Attentätern Osama Bin Ladens ins Herz getroffen wurde, bot Moskau seine Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus an, durchaus mit dem Hintergedanken, damit in Washington wieder stärker als ebenbürtiger Partner behandelt zu werden. Die russische Kritik an den NATO-Erweiterungsaktivitäten verstummte fast. Aber George W. Bush stürzte sich in den Afghanistankrieg und 2003 dann in das Abenteuer des Irakkrieges. Plötzlich fand sich Russland in einer Achsenverbindung mit Deutschland und Frankreich gegen diesen Krieg wieder. Die zweite NATO-Osterweiterung von 2004 wurde in diesem Kontext ohne dramatischen Protest geschluckt.

Aber das war schon die Zeit Putins mit dem wachsenden Selbstbewusstsein und dem Wiederzuwachs von ökonomischer Bedeutung und politischer Macht. Als der russische Präsident im Februar 2007 seine Münchner Wutre-

de hält, stellt er die NATO-Osterweiterung als ernsteste Herausforderung Russlands dar. Jetzt geht es in erster Linie um die geplanten Beitritte von Georgien und der Ukraine, mit denen der Westen die rote Linie endgültig überschreite. Der Augustkrieg von 2008 in Georgien belegt dann auf dramatische Weise die russische Bereitschaft, auf Provokationen gegebenenfalls mit erdrückender militärischer Macht zu reagieren. Vorübergehend landet Moskau danach in vollständiger politischer Isolierung. Erst das Reset-Programm von Barack Obama holt Russland ab Ende 2008 aus dieser Ecke heraus. Der neue US-Präsident akzeptiert Gespräche mit Russland auf gleicher Augenhöhe, entschärft den Konflikt um eine in Polen und Tschechien zu stationierende Raketabwehr, und die NATO-Osterweiterung um Georgien und die Ukraine verschwindet vorerst von der politischen Tagesordnung.

Es ist sicher kein Zufall, dass der russische Präsident Medwedew diese vom politischen Stressabbau gekennzeichnete Phase nutzt, um Vorstellungen über einen umfassenden »Europäischen Sicherheitsvertrag« zu präsentieren, der vertraute Gedanken über gemeinsame und unteilbare Sicherheit aufnimmt, und darüber mit dem Westen ins Gespräch kommen will. Unübersehbar sollte diese Initiative Medwedews wichtigstes internationales Projekt werden, vergleichbar nur mit seinem Modernisierungsprogramm in der Innenpolitik. Man muss mit Bedauern feststellen, dass der Westen Medwedew auflaufen ließ. Zu einer Erörterung seines im November 2009 auch in Text und Paragraphen vorgelegten Vertrages über gesamteuropäische Sicherheit auf einer adäquaten Ebene ist es nie gekommen. Über eine nachgeordnete Beschäftigung mit der Materie in bestimmten Arbeitsgruppen der OSZE (Korfu-Prozess) ging die westliche Dialogbereitschaft nie hinaus.

Diese Verweigerung schmälert die Glaubwürdigkeit des westlichen Bedauerns über die Rochade-Entscheidung vom 24. September 2011, die Medwedew eine zweite Amtszeit als russischer Präsident verwehrt. Denn der westliche Boykott seines sicherheitspolitischen Vorschlages hat Medwedew in den Augen seiner Landsleute und vor allem der politischen Klasse in Russland in vergleichbarer Weise geschwächt wie die Umsetzungsdefizite bei seinem Modernisierungsprojekt.

Hans-Joachim Spanger setzt für die Zukunft auf eine substanzielle Nutzung des NATO-Russland-Rates, wobei Moskau zwar kein Vetorecht, aber Mitsprache bei allen wichtigen Entscheidungen, einschließlich der Erweiterungsfragen, eingeräumt werden soll. Und ohne an eine baldige Nutzung dieser Option zu glauben, plädiert er dafür, Russland explizit eine NATO-Beitrittsperspektive offen zu halten. Anhand seines Beitrags lässt sich dieses

wechselnde »dauerhaft getrennt gemeinsame« Verhältnis von NATO und Russland mit seinen Widersprüchen und immer wieder verspielten Chancen sehr gut und in allen Details nachvollziehen. Was bedeutet das aber für unsere These von der Europäisierung Russlands?

In der Sicherheitspolitik nistet altes, archaisch geprägtes Denken. Die NATO zögerte nicht, die Schwächen des Sowjetunion-Nachfolgers zu nutzen, als sei der Kalte Krieg noch am Laufen. Dasselbe Stück führte Russlands politische Klasse auf, die vom alten Imperium träumte, vom »Nahen Ausland« schwadronierte und dem Denken in klassischer Territorialkontrolle freie Bahn öffnete. Da musste es zur Kollision über die NATO-Osterweiterung kommen. Ein solcher Konflikt verhindert jeden konstruktiven Diskurs zu Fragen gemeinsamer Sicherheit und stoppt damit auch alle Europäisierungstendenzen.

Auffällig erscheint, dass sich bessere Perspektiven erst ergeben, wo der Pflege historischer Traumata die Stoffzufuhr verwehrt wird. Obamas »Reset« der Russland-Beziehungen hat in der Sicherheitspolitik regelrechte Europäisierungsschübe losgetreten. Der Verzicht auf die Herausstellung der »Weltmacht Nr. 1«, die Entschärfung der Raketenabwehr- und der NATO-Erweiterungsfrage, das Aufgreifen der besseren Abrüstungstradition (New START) – all das hat in kürzester Zeit die alten Schatten verdrängt und positive Phantasien ermutigt. Was für eine Selbstbeschädigung des Europäisierungsanliegens, dass man Medwedews Angebot so schnöde ins Leere laufen ließ! Das Zusammendenken von Sicherheit (Kollektive Sicherheit, »gemeinsames europäisches Haus« usw.) ist eine europäische Errungenschaft, gilt für die EU mit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und wird längst weit über die Unionsgrenzen hinweg exportiert. Eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands bleibt eine wichtige europäische Zielmarke, die deswegen nicht als falsch deklariert werden darf, wenn ein russischer, zugegeben zu kurz springender, konkreter Vorschlag einen Dialog darüber einfordert. Hier wurde eine Europäisierungschance verpasst, hoffentlich nicht auf Dauer.

4. »Nicht vom Gas allein ...«: Partnerschaft mit der EU

Man sollte annehmen, dass an den direkten europäisch-russischen Beziehungen der Stand der Europäisierung Russlands am ehesten gut abzulesen ist. Hans Martin Sieg untersucht den Verlauf unter der Überschrift *Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz: Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen* sehr eng geführt an den wichtigsten Dokumenten und Beschlüssen, und Gerhard Mangott ergänzt dieses Kapitel mit einer gesonderten Betrachtung der energiepolitischen Entwicklung – *Gestörte Leitungen. Russland und die Gasversorgung der EU* –, belegt mit einer Fülle von konkreten Ziffern und Daten. Im Ergebnis lässt sich schwer ermitteln: Überwiegen im Vergleich mit den NATO-Russland-Beziehungen die Ähnlichkeiten oder die Unterschiede?

Nie hat sich Moskau bei der EU-Erweiterung so ablehnend verhalten wie bei der NATO-Expansion. Die Ausdehnung des europäischen Stabilitätsraums bis hinein in das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion wurde dem Kreml wesentlich erfolgreicher als seinem Eigeninteresse entsprechend dargeboten. Zwar bleiben die komplizierten europäischen Entscheidungsstrukturen für die politische Klasse Russlands bis heute befremdlich und schwer zu durchzuschauen – ein guter Grund, bei jeder Gelegenheit auf die bilaterale Seite auszuweichen. Aber es lohnte sich doch, sich letztlich mit der EU zu arrangieren. Und das hatte handfeste Gründe, zunächst vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die kontinuierliche Arbeit an einem »Gemeinsamen Wirtschaftsraum« lässt sich Blatt für Blatt belegen, blieb aber letztlich ohne Durchbruch.

Und doch wirft das, was man die »Ostverschiebung der Europäisierung« nennen könnte, von Zeit zu Zeit Schatten auf das EU-Russland-Verhältnis. Die EU-Osterweiterung von 2004 öffnete die Türen für russische Westnachbarn, die einiges Gepäck aus ihrer schwierigen Vergangenheit mit Russland und der Sowjetunion mitbrachten – und sie ließen dies in der EU nicht unaufgeschnürt in der Ecke stehen. Polen, Tschechien und die baltischen Staaten zögerten nicht, vor allem solange es noch ungeklärte Fragen in den bilateralen Beziehungen gab, sich zusammen mit russlandkritischen Ad-hoc-Partnern aus der EU-Familie bei bestimmten EU-Projekten mit Moskau querzustellen. Hans Martin Sieg erinnert daran, dass ein polnisches Veto 2007, begründet mit einem aktuellen Streit mit Moskau über Lebensmittelexporte, für einige Zeit die Verhandlungen der EU mit Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterbrach.

Und auch die »farbigen Revolutionen« in der Ukraine und in Georgien, die objektiv als Europäisierungsversuche vor Ort verstanden werden können, in Moskau aber ernsthafte Irritationen und tiefstes Misstrauen auslösten, färbten auf die EU-Russlandbeziehungen ab. Zwar schaukelte sich der Konflikt nicht so hoch wie 2007, als der Kreml den nächsten Schritt beider Länder in Richtung NATO-Beitritt unbedingt verhindern wollte. Aber bis heute begleitet die russische Führung die Arbeit des EU-Programms der »Östlichen Partnerschaft«, die sich an die Adresse der Ukraine und von Georgien (neben Moldawien, Belarus, Armenien und Aserbaidschan) richtet, mit deutlicher Zurückhaltung und Skepsis. Man könnte sagen: Moskau betrachtete die ohnehin kaum verhinderbare EU-Osterweiterung mit gemischten Gefühlen, nimmt mit gewisser Bitterkeit zur Kenntnis, dass die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitglieder aus dem ehemaligen sowjetischen Machtbereich die Stimmung in der EU nicht selten gegen Russland kippen, zeigt bis heute aber kaum Verständnis für die regionalen Stabilitätsstrategien der EU in russischer Umgebung – sei es die »Östliche Partnerschaft« oder die EU-Zentralasienstrategie. Europäisierung wird nicht gewünscht, wo sie mit der russischen Einflusspolitik klassischer Provenienz kollidiert.

Diese Probleme dürfen aber nicht den Blick auf die helleren Seiten der Entwicklung verstellen. Schon seit 1999 sprechen EU und Russland von einer »Strategischen Partnerschaft«, beide arbeiten seit 2003 intensiver in den vier »Gemeinsamen Räumen« – Gemeinsamer Wirtschaftsraum/Freiheit, Sicherheit, Recht/Internationale Sicherheit/Bildung und Forschung – zusammen, man trifft sich jährlich zweimal zu EU-Russland-Gipfeln, und irgendwann wird es auch gelingen, für das alles ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, also einen umfassenden Rechtsrahmen zu beschließen. Regelmäßige Teilnehmer an den Gipfeltreffen sind die Wirtschaftsvertreter beider Länder, die mit der Entwicklung der Geschäfte zufrieden sind. Das Volumen des Handelsaustausches lag 2010, nach Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, bei 246 Milliarden Euro, davon allein ein Viertel mit Deutschland – ein Ergebnis, das 2011 um fast 30 Prozent nach oben schnellte. Im Zentrum steht dabei das Geschäft mit Öl und Gas.

Hans Martin Sieg und Gerhard Mangott sind sich einig: Das Energiegeschäft zwischen EU und Russland schafft keine einseitige, womöglich sicherheitsrelevante Abhängigkeit, sondern eine wechselseitige und symmetrische. Dafür sprechen nicht nur die Import- und Exportziffern, sondern auch strukturelle Argumente. Die EU deckt etwa 34 Prozent ihres Gasbedarfs

über Russland, aber Moskau braucht die EU nicht nur als Abnehmer, zu dem bis zu 80 Prozent der eigenen Energielieferungen fließen, sondern auch als Partner bei der überfälligen Erneuerung der Pipelines und der Erschließung neuer Ressourcen in den schwierigen nördlichen Regionen. Wechselseitige Abhängigkeit heißt aber nicht zwangsläufig dauerhafte Harmonie.

In seinem Beitrag schildert Gerhard Mangott in Form nüchterner Bestandsaufnahmen, wie das beiderseitige Interesse an Diversifizierung auch zu Konflikten führt. Russland liefert sein Gas nach Europa über Pipelines, die durch Transitländer führen. Die Schlüsselrolle nimmt dabei mit einem 78-Prozent-Anteil die Ukraine ein, mit der es schon mehrfach Schwierigkeiten gab. Moskau sucht eine Lösung über zwei »Flankengasleitungen«, die beide ohne Kiew auskommen: die seit November 2011 operative North-Stream-Pipeline und das South-Stream-Projekt, das ab 2015 russisches Erdgas über Bulgarien, Serbien und Ungarn bis nach Norditalien transportieren soll. Die EU verfolgt auf der anderen Seite die Idee des »Südlichen Gaskorridors«, um die Abhängigkeit von Russland durch eine Art »Südumfahrung« zu verringern. Im Zentrum der verschiedenen Pipeline-Projekte für den EU-Korridor steht die seit 2002 vorangetriebene Nabucco-Gasleitung, deren Belieferung mit Gas aus turkmenischen Quellen aber nach wie vor unsicher erscheint.

Diese Konkurrenz wird eher in der Stille, durch eine zielgerichtete Verhandlungs- und Vertragspolitik, ausgetragen, die bisher am pragmatischen Funktionieren der Lieferbeziehungen zwischen der EU und Russland kaum etwas geändert hat. Daran werden auch die rechtlichen Konflikte zwischen beiden Partnern nicht rütteln. Das europäische Drängen auf Eigentümerentflechtungen im Energiesektor, die Kritik an der Gas-Preisbindung und an den kaum noch zeitgemäßen Verträgen über jährliche Liefermengen – das sind Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Sie markieren nebenbei auch einen europäisch-russischen Diskurs, der nicht nur im Energiegeschäft, sondern im gesamten EU-Russland-Handel schrittweise zu einer Anpassung der Geschäftskultur führt. Europäisierung nutzt hier neben der »Modernisierungspartnerschaft« das Konzept vom »Wandel durch Verflechtung« (ein Topos des ehemaligen deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier), um sich den Weg zu bahnen.

Das alles wird allerdings an *einer* Unvereinbarkeit zwischen EU und Russland wenig ändern, die unterschiedlichen Erfahrungen und Zukunftserwartungen geschuldet ist. Das Europäischste an der EU ist, dass 27 souveräne Staaten einen beträchtlichen Teil ihrer Souveränität und ihrer Entscheidungsbefugnisse an vergemeinschaftete Führungs- und Entscheidungsstruk-

turen abgegeben haben und sich Mehrheitsbeschlüssen fügen, bei denen man auch überstimmt werden kann – darunter Staaten mit beträchtlichen Potenzialen und mit früheren Weltmachtrollen. Das schließt die Bereitschaft, innerhalb der Europäischen Union eine Führungsrolle zu übernehmen, keineswegs aus – aber eben unter Beachtung aller Regelwerke dieser Union, die keine dauerhafte Dominanz einzelner Großer über die Mehrzahl der Kleinen zulassen.

In Russland findet man bis heute blanke Verständnislosigkeit für solche Souveränitätsverzichtete, ohne die ein kollektives System wie die EU nicht funktionieren könnte. Schon deshalb wäre ein EU-Beitritt Moskaus, der immer mal wieder in Diskussionen auftaucht, von vornherein chancenlos. Die politische Klasse Russlands ist insofern aber auch auf völlig andere Modelle programmiert, wenn es um eine Reorganisation des postsowjetischen Raums und die globale Rolle Moskaus geht. Dass die Auflösung der Sowjetunion Russland für längere Zeit auch aus dem globalen Konzert der Mächte ausgeschlossen und ins Foyer verbannt hatte, wird bis heute als Katastrophe angesehen. Eine Mehrheit kämpft für die Rückkehr Russlands in eine weltpolitisch relevante Rolle, wie sie nur in einer multipolaren Weltordnung ohne die »Unverzichtbarkeit« einer Superweltmacht denkbar erscheint. Deswegen wird die »gleiche Augenhöhe« mit Washington so entscheidend. Und im FSU-Raum (*Former Soviet Union*) konnte es in diesem Kontext bisher nur Gemeinschaftsbildungen geben, die den Führungsanspruch Russlands ohne Abstriche anerkannten. Die bisherigen zaghaften Versuche, von der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (2000) bis zur Zollunion mit Kasachstan und Belarus (2010), lassen vor allem auf eines schließen: Auf keinen Fall will Moskau zum Ausgangspunkt einer Struktur werden, bei der EU-ähnliche Souveränitätsverzichtete oder Abstriche an den eignen globalen Führungsansprüchen auf die Tagesordnung kommen.

5. Zwischen Bluff und Blickwendung: die eurasische Karte

Diese Frage im Detail untersucht zu haben, ist das Verdienst der beiden abschließenden Kapitel des Bandes. Uwe Halbach wertet in seinem Beitrag *Russlands Ambitionen einer Eurasischen Union* das, was der russische Ministerpräsident in seinem *Iswestija*-Artikel vom 4. Oktober 2011 als Hauptpriorität der künftigen russischen Außenpolitik dargestellt hat, durchaus als grö-

ßer angelegten Versuch, dem Vorbild der EU zu folgen. Der Autor kann belegen, dass einige dicht aufeinander folgende konkrete Aktivitäten Putins Vorschlag begleiten: So haben im Oktober 2011 acht GUS-Staaten ein Abkommen über eine Freihandelszone gezeichnet, am 18. November 2011 folgten die Unterschriften der Präsidenten von Russland, Kasachstan und Belarus unter die Deklaration einer »Eurasischen Wirtschaftsunion«, die bis 2015 wirksam werden soll, und parallel dazu ein Abkommen über die Errichtung einer »Eurasischen Wirtschaftskommission«, die all die vorgesehenen Integrationschritte koordinieren soll.

Unschwer erkennt man, dass hier die Erfahrung der EU Pate stand, bis hin zur Idiomatik: Statt »Europäische Union« heißt es »Eurasische Union«, statt »Europäische Kommission« (EU KOM) entsprechend »Eurasische Wirtschaftskommission«, und die Konzentration auf ökonomische Vergemeinschaftungsschritte empfindet die Frühgeschichte der europäischen Integration ebenfalls nach. Halbach beobachtet zur Jahreswende 2011/2012 einen regelrechten »Integrationsmarathon«, teilweise auch aufgeführt als »Integrationstheater«, passend zu den parallel stattfindenden Duma- und Präsidentenwahlen. Die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen wird aber auch durch die konkreten Beschlüsse des Gipfels der OVKS (Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit) mit ihren sieben Mitgliedern aus dem GUS-Raum vom Dezember 2011 unterstrichen – Beschlüsse, die sich unter anderem gegen amerikanische Militärbasen in Zentralasien auswirken können.

Der Autor unterstellt der russischen Politik ernsthafte Absichten, was die Pläne für eine Reorganisation des postsowjetischen Raumes angeht. Allerdings können Zweifel im Hinblick auf ihre Realisierbarkeit aufkommen. Halbach fragt sich zurecht, ob sich die betroffenen Staaten tatsächlich dauerhaft in Regionalorganisationen werden einbinden lassen, in denen Moskau unüberhörbar seinen Führungsanspruch reklamiert. Wie geeignet kann Russland als »Integrationsmagnet« sein, solange so viele eigene Probleme ungelöst bleiben? Ein Integrationsangebot an die südkaukasischen Republiken Armenien und Aserbaidschan, später vielleicht auch an Georgien, scheint fragwürdig zu sein, solange Russlands Herausforderungen im Nordkaukasus, die auf Mängel bei der Binnenintegration hindeuten (Halbach sieht in dieser Region ein »inneres Ausland«), so wenig überzeugende Antworten erfahren. Vor allem aber hindern die Rückständigkeiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung und die Defizite bei den rhetorisch gebliebenen Modernisierungsabsichten Moskau daran, die erkannten Integrationsaufgaben mit der eigenen Attraktivität als Motor voranzutreiben. Hier könnte das weitere Studium

der EU-Frühgeschichte weiterhelfen: Die Anziehungskraft der europäischen Integration bestand immer in dem glaubwürdigen Prosperitäts- und Solidaritätsversprechen, aber eben auch in der gemeinschaftlichen Einbindung und Kontrolle potenzieller Führungsmächte. Solange der Versuch, die Erfolgsgeschichte der EU nachzubauen, nicht auch dieses Element mit einbezieht, das einen strukturell abgesicherten Verzicht auf die Vormachtstellung voraussetzt, dürften die Erfolgchancen begrenzt bleiben.

Mit derselben Thematik befasst sich Christian Wipperfürth in seinem Schlusskapitel *Eurasien: Option oder Illusion?*. Und er stellt genau die russische Entschlossenheit, wieder eine globale Machtposition aufzubauen, den Chancen für eine russisch geführte Reintegration des postsowjetischen Raumes entgegen. Die Weltrolle sei für Moskau wichtiger. Wipperfürth erkennt vor diesem Hintergrund eine gewisse Halbherzigkeit bei dem »Integrations-theater«, wie Halbach es nennt, und verweist unter anderem darauf, dass Putin vor seiner großen Ankündigung der »Eurasischen Union« im Oktober 2011 es nicht einmal für nötig hielt, die Präsidenten der vorgesehenen ersten Partnerländer Kasachstan und Belarus zu konsultieren. Beide Autoren verweisen auch darauf, dass der damalige Ministerpräsident zeitlich parallel zu seiner Integrationsperspektive noch einmal an seine Vorschläge vom Vorjahr zu einem »Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok« erinnerte – wohl um von vornherein seine Eurasien-Optionen nicht gegen die europäische zu stellen.

Aus der Sicht Wipperfürths, der dieser Eurasien-Option Russlands im postsowjetischen Raum keine Chance gibt, hat Moskau mit China eine zweite Wahl. Er zeichnet das russisch-chinesische Verhältnis seit der Auflösung der Sowjetunion nach und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass viele bilaterale Probleme ausgeräumt wurden, gerade aber durch den Energie- und Ressourcen hunger Pekings auch neue Rivalitäten entstanden sind. Die rasant wachsende Macht Chinas, deren Wirtschaftskraft schon Ende 2011 die der Russischen Föderation um das Vierfache übersteigt, zwänge Moskau bei einer eurasischen Konzeption mit China in die Rolle des Juniorpartners – was diese Konzeption genauso wenig attraktiv macht wie die Integration im postsowjetischen Rahmen. Was sich der Autor deswegen als Alternative für die weitere Zukunft vorstellen könnte, umschreibt er mit dem Begriff der »Eurasischen Gemeinschaft«, in der Europa seine Kräfte gemeinsam mit Russland und China bündeln würde, um den wachsenden Herausforderungen auf dem europäisch-asiatischen Doppelkontinent und darüber hinaus lösen zu können.

Zu diesen Herausforderungen gehören auch Probleme der Stabilität und Sicherheit in einem aktuellen Kontext: Beide Autoren schauen nicht ohne Sorge auf die Region Zentralasien mit ihrer konfliktreichen afghanisch-pakistanischen Nachbarschaft. Hier könnte keiner der Partner wegschauen, wenn etwas passieren würde – weder Russland noch China mit ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und mit ihren Energieabhängigkeiten noch Europa, das sich mit der EU-Zentralasienstrategie von 2007 bewusst in eine gewisse Mitverantwortung begeben hat. Und man wird Uwe Halbach kaum widersprechen können, wenn er gerade in den postsowjetischen Republiken Zentralasiens all die Fakten zu erkennen meint, die im Jahr 2011 die arabische Erhebung ausgelöst haben: »systemische Korruption, die exklusive Machtstellung von Präsidentenfamilien, Intransparenz der Regierungsführung, plumpe Unterdrückung von Regimekritik, soziale Spannungen«.

Was bedeuten diese Optionen oder auch Nicht-Optionen für die Frage der Europäisierung Russlands? Wir müssen uns darauf einstellen, dass die russische Führung gelegentlich die »chinesische Karte« auf den Tisch legt, und sei es aus Frustration über die unvermeidliche Wertediskussion beim Austausch mit Europa. Aber eine »Eurasische Union« Russland-China erscheint tatsächlich als unwahrscheinlich: Sie brächte Russland nicht den benötigten Modernisierungsschub und nicht den immer begehrten Fahrersitz, sondern höchstens die Beifahrerrolle. Russisch-chinesische politische Gemeinsamkeiten schließt das nicht aus, etwa solche wie das doppelte Veto gegen die Syrien-Resolution des UN-Sicherheitsrates am 4. Februar 2012 trotz erheblicher Text-Zugeständnisse an Moskau – ein Verhalten, das Russland weltweit in eine höchst unangenehme Isolierung treibt. Bei der Abwägung jedenfalls von Chancen und Risiken einer engen Partnerschaft mit China überwiegen in der russischen Bevölkerung eher Ängste und die Überzeugung, dass eine Kooperation mit China auf keinen Fall die europäische Option Russlands verstellen darf. Solange solche Mehrheitsmeinungen in Russland Einfluss haben und zählen, wird China einer Europäisierung nicht im Wege stehen.

Anders sieht es aus mit all den Ansätzen zur Reorganisation des postsowjetischen Raumes bis hin zu den Ideen Wladimir Putins von einer »Eurasischen Union«. Der offensichtliche Versuch, die Erfolgsgeschichte der EU (also nicht deren Krisen Gegenwart!) als Matrix für ein solches politisches Projekt zu nehmen, lässt aufhorchen. Hier könnte der Grundstein für eine Europäisierung im anderen Sinne gelegt werden: nämlich mit dem Vorsatz, einen Integrationsprozess nach europäischem Vorbild östlich der EU auf die